

**Rahmenvertrag für Instandsetzungsarbeiten Tiefbau 2026 - 2030**

Zwischen

**EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH**

Latzower Straße 1,

17509 Rubenow,

vertreten durch die Geschäftsführer Dr. Ingo Neuhaus und Markus Lindner,

Ust. ID-Nr. DE 137580664

– nachfolgend **EWN GmbH** oder **AG** genannt –

und

**XX**

vertreten durch

Ust. ID-Nr. DE

– nachfolgend **AN** genannt –

- nachfolgend gemeinsam Parteien genannt –

wird der nachfolgende Rahmenvertrag geschlossen.

---

## Präambel

Gegenstand dieses Vertrages sind vom AN auf Anforderung durch den AG durchzuführende Reparatur- und Instandsetzungsarbeiten im Tiefbau am Standort der EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH in Rubenow/Lubmin und Gelände ZLN.

## § 1 Vertragsbestandteile

- (1) Es gelten die in nachstehender Rangfolge genannten Vertragsgrundlagen:
  - a) die Bedingungen dieses Rahmenvertrages,
  - b) die EWN-Anfrage Nr.: 2026000731064 vom 11.05.2026 inkl. aller Anlagen,
  - c) die gesetzlichen Vorschriften, insbesondere die der §§ 631 ff. BGB,
  - d) das Angebot des AN Nr. xx vom xx. xx.2026.
- (2) Sämtliche Änderungen und Einschränkungen des AN, die er in seinem Angebot gegenüber den Ausschreibungsunterlagen vorgenommen hat, werden nur Vertragsbestandteil, wenn sie durch schriftliche Vereinbarung in den Vertrag aufgenommen wurden (z.B. durch Verhandlungsprotokoll). Allgemeine Geschäfts-, Liefer- und/oder Zahlungsbedingungen des AN werden nicht Vertragsbestandteil.
- (3) Der AN hat sämtliche Unterlagen und Pläne, die Grundlage des Vertrages und seiner Leistungen sind, eigenverantwortlich dahingehend geprüft, dass und mit welchem Aufwand er auf dieser Basis seine Leistungen erbringen kann.

## § 2 Leistungen des AN

Der AN wird auf Anforderung des AG im Rahmen seines Leistungsprofils folgende Leistungen erbringen:

1. Erdarbeiten,
2. Straßenbau- und Betonarbeiten

Dazu gehören Baumaßnahmen an Roh- und Reinwasserleitungen - Für den Einbau von Abwasserleitungen und -kanälen unterschiedlicher Werkstoffe, für Arbeiten an Straßen, Wegen und Plätzen sowie für anfallende Tiefbauarbeiten am Standort EWN Lubmin/Rubenow und Gelände ZLN.

## § 3 Leistungszeit

- (1) Der Rahmenvertrag gilt vom 01.07.2026 bis 30.06.2027 und verlängert sich um jeweils ein weiteres Jahr, wenn er nicht drei Monate vor Ablauf des jeweiligen Zeitraums schriftlich vom AG gekündigt wird.
- (2) Der Vertrag endet spätestens zum 30.06.2030, ohne dass es einer Kündigung bedarf.
- (3) Für zum Beendigungszeitpunkt des Rahmenvertrages noch nicht beendete Einzelaufträge gelten die Regelungen des Rahmenvertrages bis zu deren jeweiligen endgültigen Abwicklung fort.

---

#### **§ 4 Leistungsumfang**

Das Gesamtleistungsvolumen für die unter § 3 genannte Leistungszeit beträgt 1.900.000,00 EUR netto für diesen Rahmenvertrag. Dieser Bestellwert wird als Orientierung vorgegeben, bis zu dessen Höhe der AG berechtigt, jedoch nicht verpflichtet ist, Leistungen des AN in Anspruch zu nehmen.

#### **§ 5 Mitwirkung des AG**

(1) Der AG wird den Arbeitsfortschritt in jeder Phase der Vertragsabwicklung durch zügige Entscheidungen unterstützen. Der AG hat die vom AN vorgelegten Unterlagen nur auf Übereinstimmung mit den Vertragsbestandteilen und -grundlagen nach § 1 und § 2 des Vertrages, nicht aber auf Vollständigkeit, technische Richtigkeit und baurechtliche Zulässigkeit zu prüfen. Die Freigabe durch den AG entbindet den AN nicht von seiner Verantwortung für die vertragsgemäßen Leistungen. Durch die Freigabe übernimmt der AG weder eine Mitverantwortung, gleich welcher Art, für die von ihm freigegebenen Unterlagen, noch wird dadurch die Verpflichtung des AN zur vollständigen und mangelfreien Leistungserbringung eingeschränkt.

☐ Auf Anordnung des AG finden zum Zwecke der schnellen Abklärung sämtlicher das Bauvorhaben betreffender Fragen Baubesprechungen – in der Regel mindestens einmal wöchentlich – statt. Der AN hat zu diesen Besprechungen den Projektleiter/ Bauleiter oder eine entsprechend bevollmächtigte Person zu entsenden. Über das Ergebnis jeder Baubesprechung wird ein Protokoll angefertigt, das sämtlichen Beteiligten unverzüglich übersandt wird. Der AN verpflichtet sich, den im Protokoll enthaltenen Feststellungen innerhalb von fünf Werktagen nach Zugang zu widersprechen, falls er hiermit nicht einverstanden ist.

☐ Die vom AN erstellten Planunterlagen sind dem AG rechtzeitig vor Ausführungsbeginn in zweifacher Ausfertigung zur Prüfung und Freigabe vorzulegen. Dem AG steht für die Prüfung und Freigabe dieser Planunterlagen ein Zeitraum von mindestens drei Wochen zur Verfügung. Der AN hat bei der Übersendung der Planunterlagen schriftlich anzugeben, wann er die Freigabe spätestens benötigt, damit keine Verzögerung der Bauausführung eintritt. Auf etwaige Abweichungen von der Leistungsbeschreibung und/oder den Vertragsplänen ist hierbei schriftlich hinzuweisen.

(2) Bauleiter, Architekt, Planer und sonstige Personen sind nicht vom AG bevollmächtigt, Abweichungen vom Vertrag, Änderungen der Ausführung sowie Mehr- und Minderleistung zu vereinbaren oder anzuordnen. Die Vorlage von geänderten Plänen oder sonstiger Vorgaben durch den Architekten oder andere an der Planung Beteiligte stellt daher keine Beauftragung dar und führt nicht zu einem Anspruch auf zusätzliche Vergütung.

#### **§ 6 Vergütung**

(1) Die unter § 2 aufgeführten Leistungen werden nach Erfüllung des jeweiligen Einzelauftrags entsprechend den zugrundeliegenden Preisen aus dem Angebot mit Leistungsverzeichnis des AN vergütet.

(2) Leistungen, die nicht im Leistungsverzeichnis aufgeführt sind, werden mit den angebotenen Stundenverrechnungssatz vergütet.

(3) In den Stundenverrechnungssätzen sind keine Kosten für Material, Rüst- und sonstige Kosten enthalten.

- 
- (4) Die Abrechnung der unter (3) genannten Kosten erfolgt gesondert auf Nachweis (Fremdangebote, Preislisten, Rechnungen u.ä.). Diese Aufwendungen bedürfen der vorherigen Prüfung und Bestätigung durch den AG. Erweisen sich bei einer solchen Prüfung die angebotenen Positionen höher als marktüblich, kann der AG vom Einzelauftrag absehen und behält sich Selbstvornahme bzw. Fremdbeauftragung vor.
- (5) Fremdlieferungen, mit Ausnahme der unter (4) genannten Kosten, werden mit einem Fremdlieferungszuschlag in Höhe von x % auf Nachweis vergütet. Diese Aufwendungen bedürfen der vorherigen Prüfung und Bestätigung durch den AG.
- (6) Die Vergütung von Zuschlägen für Mehrarbeit, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeiten wird analog der Grundlage des Manteltarifvertrages der EWN GmbH und auf der Basis von 100 % des jeweils zutreffenden Stundensatzes gewährt:

- für die ersten 2 Mehrarbeitsstunden je Tag (ab 9. Stunde)	25 %
- ab der 3. Mehrarbeitsstunde je Tag (ab der 11. Stunde)	50 %
- für Arbeitsleistungen, zu denen der Mitarbeiter aus der Ruhe oder der Rufbereitschaft herangezogen wird	50 %
- für Sonntagsarbeit (00.00 Uhr bis 24.00 Uhr)	50 %
- für Arbeit an gesetzlichen Feiertagen, an Oster- und Pfingstsonntag (00.00 Uhr bis 24.00 Uhr)	150 %
- für Arbeit an Heiligabend (14.00 Uhr bis 24.00 Uhr)	150 %
- für Arbeit an Silvester (14.00 Uhr bis 24.00 Uhr)	125 %
- für Nachtarbeit in der Zeit von 22.00 Uhr bis 06.00 Uhr	25 %
- für die Früh-, Spät- und Nachtschichten der Wechselschichter von 00.00 Uhr bis 24.00 Uhr	5,6 %

Mehrarbeit erfolgt grundsätzlich nur auf Anforderung des AG. Tarifvertraglich höhere Vergütungsansätze werden durch den AN getragen.

- (7) Auf Anforderung wird eine Rufbereitschaft mit zwei Arbeitskräften gestellt. Angemeldete Rufbereitschaft wird mit folgenden Zuschlägen (Stand 05/2026) vergütet:
- |  |                   |
|--|-------------------|
| - Montag bis Freitag   | 2,58 EUR/h/Person |
| - Samstag, Sonntag und Feiertage, die nicht auf einen Sonntag fallen | 3,69 EUR/h/Person |
- (8) Alle angegebenen Preise verstehen sich netto zzgl. der jeweils gültigen MwSt.

## **§ 7 Auftragsdurchführung**

- (1) Die Anmeldung zur Ausführung der Aufträge auf Basis dieses Rahmenvertrages erfolgt mittels Leitwegformular (LWF) Anlage 1, und FMBL 0062 Anlage Abrechnung zum Leitwegformular Anlage 2.
- (2) Das LWF enthält Art, Umfang, Leistungszeit und Ende der Arbeiten und benennt den mit der Leistungsaufsicht beauftragten verantwortlichen Mitarbeiter des AG. Durch die Komplexität der Aufgaben ist es möglich, dass mehrere Gewerke zeitgleich abgerufen werden.

- 
- (3) Die LWF umfassen einen maximalen Netto-Leistungswert von 10.000,00 EUR inkl. aller Leistungen und Material. Abweichungen in begründeten Ausnahmefällen bedürfen der gesonderten Freigabe durch den Einkauf.
  - (4) Der AN erhält eine Kopie des LWF und erstellt daraufhin ein Angebot auf Basis der Preise nach § 5 Abs. 1 und 2 und übergibt die Dokumente an den AG.
  - (5) Alle Beauftragungen erfolgen nach fachlicher Prüfung in Form von durch die Abteilung Einkauf bestätigten LWF.
  - (6) Der Koordinator übergibt das bestätigte LWF mit Anlagen zur Realisierung an den AN. Die Übergabe der Einzelaufträge erfolgt in der Regel 24 Stunden vor dem erforderlichen Leistungstermin. Es gelten die dem AN vor Vertragsbeginn bekanntgegebenen Arbeitszeiten des AG für Normalschicht.
  - (7) In dringenden Fällen sichert der AN zu, dass seine Reaktion unverzüglich erfolgt, d.h. dass seine Reaktionszeit zwischen der Übergabe eines Einzelauftrages und dem Eintreffen des AN beim AG am Standort Rubenow/Lubmin maximal 0,5 Stunden innerhalb der normalen Arbeitszeit und 1,5 Stunden außerhalb der normalen Arbeitszeit beträgt. In diesen Fällen wird der schriftliche Abruf mittels LWF unmittelbar nach Beendigung der Arbeiten erstellt und dann gemäß (1) und (2) abgearbeitet.
  - (8) Die „Ordnung für Tätigkeiten von Fremdfirmen“ und die „Instandhaltungsordnung“ sind durch den AN einzuhalten.
  - (9) Für alle Instandhaltungsarbeiten, bei denen eine Gefährdung von Personen und/oder eine Beeinträchtigung des Betriebszustandes der Anlage zu erwarten ist, sind je nach Art der Gefährdung Sicherheitsmaßnahmen (SIM) erforderlich. Diese werden in SIM-Scheinen (Freimeldungen, Freigaben bzw. Erlaubnisscheinen) festgelegt und sind strikt einzuhalten. Diese Arbeiten beginnen nach Bestätigung der Arbeitspapiere in Abstimmung mit dem Koordinator des AG. Damit einher gilt die Nutzung des Formblatts „0435 – SIM-Schein Arbeitsschutzmaßnahmen“ (Anlage 3), das für alle Leistungen zwingend durch den AN ausgefüllt vorliegen muss.
  - (10) Bei nicht rechtzeitigem Beginn oder Fortgang der Arbeiten kann der AG nach Mahnung und Fristsetzung den Auftrag dem AN ganz oder teilweise entziehen. In diesem Fall erfolgt eine Beauftragung eines anderen Unternehmens. Die sich aus dieser Beauftragung ergebenden Mehrkosten gehen zu Lasten des AN.
  - (11) Der AN organisiert auf Anforderung des AG speziell für die Zeiträume von arbeitsfreien Tagen/Feiertagen und auch für besondere Betriebssituationen Rufbereitschaftsdienste.
  - (12) Für die operative Abstimmung aller durchzuführenden Arbeiten stellt der AN einen Arbeitsverantwortlichen vor Ort (AvO), z.B. Bauleiter oder Vorarbeiter.
  - (13) Schmutzerzeugende Arbeiten sind so auszuführen, dass Verunreinigungen der Anlage und Ausrüstungen des AG ausgeschlossen werden.
  - (14) Dem AN ist es nicht gestattet, sich bei der Realisierung der Arbeiten des Personals des AG zu bedienen.
  - (15) Die Mitnahme jeglicher Werkzeuge ist dem AG anzuzeigen und zu bestätigen. Arbeiten im Überwachungsbereich führt der AN mit eigenem Werkzeug durch.
  - (16) Zweckmäßige Arbeitskleidung und Arbeitsschutzmittel, bezogen auf die zu erbringende Leistung, sind durch den AN zu stellen.
  - (17) Der AG stellt dem AN kostenlos die zur Abwicklung notwendigen Elektroanschlüsse zur Verfügung. Der AN kann die vorhandenen Umkleideeinrichtungen kostenfrei nutzen.

---

**§ 8 Abrechnung und Zahlung**

- (1) Rechnungen sind in einfacher Ausfertigung unter Angabe der Rahmenvertragsnummer des AG und der geforderten Angaben lt. § 14 UStG einzureichen. Rechnungen mit fehlenden gesetzlichen Angaben werden nicht anerkannt und dem AN zurückgesandt. Sie gelten als nicht fällig. Rechnungen sind in postalischer Form ausschließlich an den Standort EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH, Latzower Straße 1 in 17509 Rubenow zu versenden. Rechnungen können weiterhin auf elektronischem Weg (als pdf) an die Mailadresse rechnungen@ewn-gmbh.de verschickt werden. Zur Gewährleistung der ordnungsgemäßen elektronischen Belegverarbeitung ist die Rechnung jeweils getrennt von den ebenfalls einzeln beizufügenden Anlagen im pdf-Format (Lieferschein, Stundennachweise etc.) in einer Mail zu versenden. Auch E-Rechnungen (xml-Format) können nach vorheriger Vereinbarung mit der EWN empfangen und verarbeitet werden.
- (2) Die Abrechnung der Leitwegformulare erfolgt auf der Basis der zugrundeliegenden Preise aus dem Angebot mit Leistungsverzeichnis des AN sowie ggf. der Stundenverrechnungssätze mittels Leistungsnachweisen, die vom Koordinator und fachlich vom Fachbereich des AG sowie vom AN zu bestätigen sind. Diese Nachweise bescheinigen gleichzeitig die Vollständigkeit der erbrachten Leistung. Sie stellen keine Abnahme und kein Anerkenntnis der sich aus der Abrechnung ergebenden Forderung des AN dar.
- (3) Die Rechnungslegung mit den geforderten Belegen und dem Nachweis der Abnahme der Leistung der ggf. mit Fertigstellung der Arbeiten zu erarbeitenden Dokumentation erfolgt als Einzelrechnung für jeweils ein Leitwegformular (LWF).
- (4) Der AN ist nicht berechtigt, sich auf einen etwaigen Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) zu berufen.
- (5) Der AN darf Forderungen gegen den AG nur mit dessen vorheriger Zustimmung abtreten. Der AG wird die Zustimmung nicht unbillig verweigern.

**§ 9 Vertraulichkeit/Schutzrechte/Rechte an Arbeitsergebnissen**

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, diesen Vertrag, alle Einzelaufträge sowie alle nicht bereits öffentlich bekannten Vorgänge, von denen er im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem AG Kenntnis erhält oder die ihm aus früherer Zusammenarbeit mit dem AG bekannt sind, Dritten gegenüber vertraulich zu behandeln.
- (2) Der AN wird etwaige Beauftragte (z.B. genehmigte Subunternehmer) und insbesondere deren beteiligte Mitarbeiter dieser Vertraulichkeitsverpflichtung unterwerfen. Für deren etwaige Vertraulichkeitsverstöße haftet der AN.
- (3) Der AN ist vorleistungspflichtig. Dem AN steht ein Zurückbehaltungsrecht an Unterlagen, Dokumenten und Dateien/Datenbanken nicht zu, es sei denn wegen rechtskräftig festgestellter oder unbestrittener Ansprüche. Das gilt auch für den Fall der vorzeitigen Beendigung dieses Vertrages.
- (4) Auf Grundlage der überlassenen Informationen und Unterlagen gemachte eigene Aufzeichnungen bzw. erarbeitete eigene Unterlagen des AN sind nach Ablauf der Gewährleistungsfrist zu vernichten. Bei Rückgabe bzw. Vernichtung wird der AN die Vollständigkeit der Rückgabe erhaltener bzw. die Vernichtung gefertigter Informationen dem AG schriftlich bestätigen. Die Verpflichtung, vertrauliche Informationen zurückzugeben bzw. zu

---

vernichten, gilt nicht für den Fall, dass der AN aufgrund gesetzlicher Vorschriften nachweislich gezwungen ist, solche Informationen zu archivieren oder an Behörden herauszugeben.

- (5) Die Verpflichtung des AN, zur Wahrung der Vertraulichkeit, bleibt auch nach Rückgabe bzw. Vernichtung oder Archivierung der vertraulichen Informationen und Unterlagen nachvertraglich solange bestehen, wie die betreffenden Informationen nicht öffentlich bekannt sind.
- (6) Alle schriftlichen oder maschinenlesbaren, in Erfüllung dieses Vertrages geschaffenen Arbeitsergebnisse gehören vorbehaltlich der nachstehenden Bestimmung dem AG.
- (7) Vom AG übergebene Unternehmensunterlagen, Konstruktionszeichnungen u. ä. verbleiben im Eigentum des AG und sind stets streng vertraulich zu behandeln. Sie dürfen Dritten ohne Zustimmung des AG nicht zugänglich gemacht werden. Bei Verletzung dieser Pflichten haftet der AN gegenüber dem AG im vollen Umfang nach den gesetzlichen Vorschriften.

### **§ 10 Abnahme**

Zwischen AG und AN hat unmittelbar nach Beendigung der Arbeiten eine förmliche Abnahme zu erfolgen. Wird die Leistung abgenommen, so belegt die Unterschrift des Beauftragten des AG auf dem LWF, welches den Leistungsnachweis darstellt, die Abnahme. Werden bei der Abnahme wesentliche Mängel festgestellt, so gilt die Leistung nicht als abgenommen. Bekannte Mängel sind zu dokumentieren und deren etwaige Abstellung bzw. verbleibende Mängel sind bei einem erneuten Abnahmetermin in dem LWF auszuweisen. Gewährleistungsansprüche wegen bekannter Mängel sollen im LWF vorbehalten werden. Sind Mängel aufgeführt, gelten die Ansprüche jedoch auch ohne ausdrücklichen Vorbehalt als vorbehalten.

### **§ 11 Versicherung**

- (1) Zur Absicherung von Ansprüchen des AG gegen den AN aus dem Rahmenvertrag, den Einzelaufträgen sowie Ansprüchen aus gesetzlicher Haftpflicht hat der AN mit einem in der Bundesrepublik Deutschland zum Geschäftsbetrieb befugten Versicherungsunternehmen eine Berufshaftpflichtversicherung oder eine vergleichbare Versicherung mit entsprechendem Versicherungsschutz mit folgenden Deckungssummen abzuschließen:
  - a. für Personenschäden 1.500.000,00 EUR
  - b. für sonstige Schäden 1.500.000,00 EUR
- (2) Diese Deckungssummen müssen in jedem Jahr mindestens 2-fach zur Verfügung stehen. Zum Nachweis des Versicherungsschutzes übergibt der AN unverzüglich eine Versicherungsbestätigung an den AG. Auf schriftliches Verlangen des AG hat der AN Ersterem die regelmäßige Zahlung der Versicherungsprämien für die vorgenannte Versicherung nachzuweisen. Auf die Versicherung müssen auch die Vorschriften von Teil 2 Kapitel 1 Abschnitt 2 VVG Anwendung finden.
- (3) Legt der AN einen Nachweis nicht vor bzw. weist er trotz Verlangens des AG die Zahlung der Versicherungsprämie nicht nach, so kann der AG dem AN eine angemessene Nachfrist zur Nachholung dieser Leistungen setzen. Kommt der AG seinen Pflichten zum Nachweis des Versicherungsschutzes auch innerhalb der Nachfrist nicht nach, kann der AG den Vertrag aus wichtigem Grund kündigen.

---

**§ 12 Zugangsregelung**

- (1) Die Vorgaben der Ordnung für Tätigkeiten von Fremdfirmen (Standort Rubenow) sind zu beachten.
- (2) Die Abfertigung an der EWN-Zufahrt (AKP1) erfolgt durch Betriebspersonal, welches zusammen mit der Bauleitung des AG auch die werksinterne Weiterleitung von Großtransporten organisiert. Alle anderen Lieferungen des AN werden nach Einweisung direkt zur Baustelle geschickt. Die Durchfahrtshöhen auf dem EWN-Gelände sind zu beachten.
- ☒ Der Zutritt und auch die Zufahrt erfolgen auf Antragstellung und werden befristet genehmigt. Besondere Regelungen sind für Zone III und den Überwachungsbereich nicht erforderlich, da hierfür keine Sicherheitsüberprüfungen durch die atomrechtliche Genehmigungsbehörde vorgeschrieben sind.
- ☐ Für Arbeiten in der Zone I (Kontrollbereich) ist eine Zuverlässigkeitsüberprüfung nach § 12b AtG vorzulegen. Darüber hinaus erfolgt der Zugang zu den Kontrollbereichen über eine Zutrittskontrollanlage mittels eines Werksausweises, der mindestens zwei Werktage vor Aufnahme der Tätigkeiten bei der OE Sicherheit zu beantragen ist. Zur Durchführung von Tätigkeiten im Kontrollbereich sind grundsätzlich beruflich exponierte Personen des AN im Sinne § 5 Abs. 7 StrlSchG einzusetzen. Der AN muss eine Genehmigung zur Tätigkeit in fremden kerntechnischen Anlagen oder Einrichtungen gemäß § 25 StrlSchG bzw. § 15 StrlSchV (alt) besitzen. Diese wird von der für den AN zuständigen Aufsichtsbehörde erteilt.
- (3) Der Zutritt und auch die Zufahrt erfolgen auf Antragstellung und werden befristet genehmigt. Besondere Regelungen sind für Zone III und den Überwachungsbereich nicht erforderlich, da hierfür keine Sicherheitsüberprüfungen durch die atomrechtliche Genehmigungsbehörde vorgeschrieben sind.
- (4) Für die Zugangsformalitäten werden die Formulare des AG verwendet.
- (5) Aus organisatorischen Gründen wird der AN die betrieblichen Zutrittsanträge und Anträge auf Zufahrt rechtzeitig stellen.
- (6) Arbeitszeitregelung Standort Rubenow:
  - Mo – Do: 07:00 Uhr bis 18:00 Uhr; Fr: 07:00 Uhr bis 15:00 UhrAbweichende Regelungen der Arbeitszeit sind nur auf besonderen Antrag möglich.
- (7) Alle Materialtransporte sind mind. 5 Werktage vorher mit dem AG abzustimmen. Materialtransporte sind Mo – Do von 07:00 Uhr bis 15:00 Uhr und freitags nur von 07:00 Uhr bis 12:00 Uhr möglich.
- (8) Der AN kann die Zufahrten nach Abstimmung mit den Beteiligten in eigener Verantwortung und auf eigene Gefahr für seine Transporte benutzen.

**§ 13 Antikorruptionsklausel**

- (1) Unbeschadet sonstiger Kündigungs- und Rücktrittsrechte ist der Auftraggeber gem. § 314 BGB berechtigt, den Vertrag fristlos zu kündigen oder von ihm zurückzutreten, wenn der Auftragnehmer oder seine Mitarbeiter
  - a. aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt.



- 
- b. dem Auftraggeber oder dessen Mitarbeitern oder von diesem beauftragte Dritte, die mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages betraut sind, oder ihnen nahestehenden Personen, Geschenke, andere Zuwendungen oder sonstige Vorteile unmittelbar oder mittelbar in Aussicht stellt, anbietet, verspricht oder gewährt.
- c. gegenüber dem Auftraggeber, dessen Mitarbeitern oder beauftragten Dritten strafbare Handlungen begeht oder dazu Beihilfe leistet, die unter §§ 299, 333, 334 StGB, 17, 18 UWG fallen.
- (2) Wenn der Auftragnehmer nachweislich Handlungen gem. (1) a vorgenommen hat, ist er dem Auftraggeber zu einem pauschalen Schadenersatz in Höhe von 15 v.H. der Abrechnungssumme gem. § 4 verpflichtet, es sei denn, das ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird. Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt oder bereits erfüllt ist.
- (3) Bei nachgewiesenen Handlungen gem. Nummer (1) b. oder (1) c. ist der Auftragnehmer zur Zahlung einer Vertragsstrafe in Höhe von 15 v.H. der Abrechnungssumme verpflichtet.
- (4) (1) b. und (3) finden keine Anwendung, soweit es sich um sozial adäquates Verhalten im Sinne von Nummer IV des „Rundschreibens des BMI zum Verbot der Annahme von Belohnungen oder Geschenken in der Bundesverwaltung vom 08. November 2004" ([http://www.verwaltungsvorschriften-im-internet.de/bsvwvbund\\_08112004\\_DI32101701.htm](http://www.verwaltungsvorschriften-im-internet.de/bsvwvbund_08112004_DI32101701.htm)) handelt.
- (5) Sonstige vertragliche oder gesetzliche Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.

#### **§ 14 Ansprechpartner**

- (1) Die in dem Vertrag genannten Ansprechpartner sind verbindlich.
- (2) Der AN ist verpflichtet, sein Arbeiterteam hinsichtlich Anzahl und Qualifikation so zu besetzen und vorzuhalten, dass keine Verzögerungen in der Bauausführung entstehen und die zwischen den Parteien vereinbarten Fristen und Termine eingehalten werden.
- (3) Die in dem Vertrag genannten Personen sind berechtigt, für den AN Anordnungen und/oder Weisungen des AG entgegenzunehmen und für den AN rechtsverbindliche Erklärungen abzugeben.
- (4) Der AN hat darauf hinzuwirken, dass die benannten Mitarbeiter über die gesamte Vertragsdauer eingesetzt werden. Das benannte Personal darf nur mit schriftlicher Zustimmung des AG ausgetauscht werden. Die Zustimmung darf der AG nur aus wichtigem Grund verweigern.
- (5) Der AN ist jedoch verpflichtet, den Projektleiter auf Verlangen des AG auszutauschen, wenn dem AG eine weitere vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Projektleiter nicht mehr möglich ist.
- (6) Der Projektleiter/Bauleiter des AN bzw. seine Stellvertreter müssen in angemessener Zeit innerhalb der üblichen Geschäftszeiten in der Lage sein, vor Ort Termine wahrzunehmen. Ferner ist von Seiten des AN sicherzustellen, dass sich der Projektleiter und seine Stellvertreter in den Urlaubszeiten vertreten.
- (7) Ansprechpartner von Seiten des AN:
- |               |    |        |
|---------------|----|--------|
| Allgemein:    | xx | Tel.:  |
|               |    | Email: |
| Kaufmännisch: | xx | Tel.:  |

---

Email:

(8) Ansprechpartner von Seiten des AG:

Koordinator:

Tel.:

Email:

Dispatcher:           xx

Tel.:

Einkauf:               xx

Tel.:

Email:

Fachbereich:           ist dem jeweiligen Leitwegformular zu entnehmen

### § 15 Schlussbestimmungen

- (1) Nebenabreden wurden nicht getroffen.
- (2) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so wird hierdurch die Gültigkeit der übrigen Vertragsbestimmungen nicht berührt. Die unwirksame oder nicht durchführbare Bestimmung ist durch eine rechtsgültige oder durchführbare Bestimmung zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen Sinn und Zweck der zu ersetzenden Bestimmung am nächsten kommt. Entsprechendes gilt, falls sich eine ergänzungsbedürftige Regelungslücke in diesem Vertrag ergeben sollte, die nach dem erkennbaren Willen der Parteien geregelt werden sollte.
- (3) Hinsichtlich aller Ansprüche und Rechte aus einer Bestellung/einem Vertrag gilt das nicht vereinheitlichte Recht der Bundesrepublik Deutschland (BGB, HGB). Die Geltung des UN-Kaufrechts (CISG) und des deutschen internationalen Privatrechts ist ausdrücklich ausgeschlossen.
- (4) Gerichtsstand für alle Klagen sowie Leistungsort für die Pflichten des AG (insbesondere für dessen Zahlungen) ist ausschließlich der Geschäftssitz des AG.

Rubenow, den

, den

**EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH**

Anlagen:

Anlage 1: FMBL 0459 Leitwegformular

Anlage 2: FMBL 0062 Anlage zur Abrechnung Leitwegformular

Anlage 3 FMBL 0435 SIM-Schein Arbeitsschutzmaßnahmen

Anlage 4: Auftrags-LV

Anlage 5: Weitere besondere Vertragsbedingungen

Anlage 6: Tabelle Abfrage Materialpreise